



UdSSR – Sein oder Nichtsein

Der 28. Parteitag der KPdSU vor 20 Jahren sollte ein schicksalhafter werden, denn es war ihr letzter. Es ging um sehr viel, nicht zuletzt den Weiterbestand der Sowjetunion. **Seite 3**



Zwietracht in Kirgistan

Zerstörte Wohnviertel, vertriebene Menschen – ein im Moment eingedämmter, aber keineswegs gelöster Konflikt zwischen Kirgisen und Usbeken. Eine ND-Exklusivreportage. **Seite 19**



Dietmar Dath

Er ist Science-Fiction-Autor, Rosa-Luxemburg-Biograf und Peter-Hacks-Experte. Die Welt ist verstehbar, sagt Dietmar Dath im ND-Interview. Und Kunst hat Bedeutung. **Seiten 20 und 21**

Berlin will keine Geheimverträge mehr

SPD, Grüne und LINKE verabschiedeten Informationsfreiheitsgesetz / Bürgerinitiative geht Verordnung nicht weit genug

Von Martin Kröger

Mit einer rot-rot-grünen Mehrheit hat das Berliner Abgeordnetenhaus am Donnerstagabend eine Novellierung des Informationsfreiheitsgesetz beschlossen. Verträge zum Verkauf von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasser, Energie, Krankenhauswesen oder Verkehr können künftig von Bürgern eingesehen werden.

»Neue Ära der Informationsfreiheit.« »Maßstäbe bei Offenlegung von Privatisierungsverträgen.« »Impulse für mehr Demokratie und Transparenz.« In selten gesehener Einigkeit haben Politiker von SPD, LINKEN und Grünen in Berlin die Verabschiedung des neuen Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) kommentiert, das das Abgeordnetenhaus am Donnerstagabend mit rot-rot-grüner Mehrheit beschlossen hatte.

Nach der neuen Gesetzgebung müssen in Zukunft beim Verkauf von Landeseigentum die Verträge für die Bürger einsehbar sein, dazu zählen auch Passagen, die normalerweise als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gelten. Wobei Voraussetzung ist, dass »das Informationsinteresse das schutzwürdige Geheimhaltungsinteresse des privaten Vertragspartners überwiegt«.

Das sei bundesweit einmalig, betonte der rechtspolitische Sprecher und LINKE-Landeschef, Klaus Lederer. Auch der Sprecher für Datenschutz bei der SPD-Fraktion, Sven Kohlmeier, hob hervor, dass Private nur noch Verschwiegen-



Seit Montag wird gesammelt: Das Volksbegehren »Unser Wasser« fordert die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge.

ND-Foto: Camay Sungu

heitsklauseln abschließen können, wenn sie einen »wesentlichen wirtschaftlichen Schaden« nachweisen. Großes Lob erhielt das IFG auch von der Antikorruptionsorganisation Transparency International.

Der rot-rote Berliner Senat und die Grünen reagierten mit dem Gesetz zur Akteneinsicht vor allem auf die bis heute umstrittene Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe (BWB) aus dem Jahr 1999. Damals kaufte ein privates Konsortium aus RWE und der französischen Veolia Water 49,9

Prozent der BWB für rund 1,7 Milliarden Euro. Im Gegenzug erhielten die Privaten vom damaligen CDU-SPD-Senat eine langfristige Garantie auf die Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals des Unternehmens. Seitdem sprudeln die Gewinne – und die Wasserpreise stiegen seit 2004 in der Hauptstadt um 35 Prozent.

Im neuen IFG ist ein Passus vorgesehen, wonach die Teilprivatisierungsverträge der BWB von Senat und Privaten nachverhandelt werden sollen. Der Bürgerinitiative »Berliner Wassertisch«, deren öf-

fentlichem Druck das neue IFG maßgeblich zu verdanken ist, geht das nicht weit genug. »Mit dem Informationsfreiheitsgesetz, wie es verabschiedet wurde, soll von der Notwendigkeit unseres Volksbegehrens abgelenkt werden«, meint Thomas Rudek, der Sprecher der Bürgerinitiative. Dabei wäre es wichtiger, dass die alten Verträge vollständig offengelegt würden, damit man sie juristisch anfechten kann. Der Wassertisch will deshalb weitermachen. Bis Ende Oktober sollen für das Volksbegehren »Schluss mit Geheimverträgen –

Wir Berliner wollen unser Wasser zurück« die nötigen 170 000 Unterschriften gesammelt werden, um einen berlinweiten Volksentscheid durchzusetzen.

Der Senat will die neue gesetzliche Grundlage »selbstverständlich nutzen«, kündigte Berlins Wirtschaftssenator Harald Wolf (LINKE) gegenüber ND an. »Nach dem neuen Gesetz werden die Privaten aufgefordert, ihr Geheimhaltungsinteresse substantiiert zu erläutern.« Danach wird auch die Frage nach Neuverhandlungen neu zu klären sein, so der Senator.

Niederländer stürmen ins Halbfinale

2:1-Erfolg gegen Titelfavorit Brasilien

Port Elizabeth (ND). Rekordweltmeister Brasilien ist im Viertelfinale der Fußball-WM in Südafrika gescheitert.



In der Runde der letzten Acht unterlag die Seleção in Port Elizabeth gegen die Niederlande mit 1:2 (1:0). Robinho erzielte in der zehnten Minute das Führungstor für die Südamerikaner. Ein Eigentor von Felipe Melo (53.) führte zum Ausgleich. Wesley Sneijder sorgte in der 68. Minute per Kopf für die Entscheidung zugunsten von »Oranje«. In der 73. Minute flog Brasiliens Felipe Melo nach einer Tätlichkeit gegen Arjen Robben vom Platz.

Im Halbfinale am kommenden Dienstag (20.30 Uhr) in Kapstadt treffen die Niederländer auf den Sieger der Partie Uruguay gegen Ghana, die gestern nach Redaktionsschluss ausgetragen wurde.

Für die deutsche Elf geht es am heutigen Sonabend im Viertelfinale um 16 Uhr im Greenpoint-Stadion von Kapstadt gegen die Auswahl Argentinien. »Unsere Vorfreude auf das Spiel ist riesig. Wir wollen, dass es endlich losgeht«, sagte Bundestrainer Joachim Löw. »Argentinien soll nicht das Ende sein«, kündigte Stürmer Miroslav Klose an. Am Abend trifft Spanien auf Paraguay (20.30 Uhr). **Seiten 13 und 14**

Unten links

Die Güte kommt in der Welt nur langsam voran. Aber da durchbricht ein Strahl Licht das schwarze Gewölke, und die gute Nachricht kommt ausgerechnet aus den USA: Auch künftig dürfen Mitarbeiter in bestimmten Amtssektoren des Weißen Hauses mit offenem, krawattenlosem Hemd offizielle Termine wahrnehmen und Gäste empfangen! Ein Weniges von dem vielen Zwang, unter dem die Erde stöhnt und leidet, ist gelockert! Dass Druck und Enge weichen, ist möglich! So könnte es getrost weitergehen. Gelingt jetzt noch der Sieg über den Krebs, die Zwangsversetzung Pofallas ins Figurenkabinett einer Gespensertbahn, gelingt die Verpflichtung von Obama und Osama auf ein gemeinsames Umgangskulturprogramm, gelingt zudem die Wiedergeburt von Marx, Brecht, Charlie Chaplin und Romy Schneider sowie die Abschaffung der unglücklichen Liebe und des Hosenanzugs – dann endlich haben wir alle Unbill vom Hals. Für dessen Freiheit es in Washington der Krawatte an den Kragen geht. *hades*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940



Gesetzlich Versicherte sollen mehr zahlen

Kassenbeiträge von 15,5 Prozent geplant

Die Koalition plant eine Anhebung des Beitragssatzes der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) von derzeit 14,9 auf 15,5 Prozent. Das wurde am Freitag aus Koalitionskreisen bekannt. Auch bei den Zusatzbeiträgen soll es eine Erhöhung geben. Eine Entscheidung solle am nächsten Dienstag fallen, hieß es nach den Beratungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit Spitzenpolitikern der Koalition.

Berlin (Agenturen/ND). »Man ist einer Einigung sehr, sehr nah«, sagte der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer nach den zweitägigen Beratungen. Ihm zufolge wollte die CSU noch am Freitag über das vorgeschlagene Konzept beraten, die FDP und die CDU am Montag. Regierungssprecher Ulrich Wilhelm bekräftigte, die Koalition werde noch vor der Sommerpause Eckpunkte für ein Konzept vorlegen.

Seehofer sprach von einer »fairen Lastenverteilung«. Während die Mehrkosten durch den höheren allgemeinen Beitragssatz den Angaben aus Koalitionskreisen zufolge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch zu tragen wären, würde der höhere Zusatzbeitrag die Arbeitnehmer allein treffen.

Mit den Mehreinnahmen will die Koalition das Defizit der gesetzlichen Kassen vermindern, das nach Schätzungen im kommenden Jahr elf Milliarden Euro betragen soll.

Das Gesundheitsministerium wies Äußerungen des Kieler Finanzexperten Alfred Boss im »Handelsblatt« zurück, wonach das Defizit als viel zu hoch eingeschätzt werde.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Renate Künast, sprach von einer »größten gemeinsamen Einfallslosigkeit«. Der Allgemeinheit würden die Kosten der schwarz-gelben Regierungsunfähigkeit aufgebürdet. Die richtige Antwort auf die Krise im Gesundheitssystem sei eine Bürgerversicherung, sagte Künast. Karl Lauterbach, der Sprecher der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion, sagte der WAZ-Gruppe: »Das ist eine Bankrotterklärung. Man kann nicht neun Monate auf höchstem Niveau über eine Strukturreform palavern, um dann einfach den Beitragssatz zu erhöhen.«

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßte die Erhöhung, wenn auch die Arbeitgeber ihren Beitrag zur Deckung des Defizits der GKV leisten müssten. Eine Erhöhung des Beitragssatzes um je 0,3 Prozentpunkte für Arbeitgeber und Arbeitnehmer beseitige jedoch nicht die sozialen Ungleichgewichte, kritisierte Vorstandsmitglied Annelie Buntentusch. Außerdem sei eine weitere Belastung durch die diskutierte Erhöhung der Zusatzbeiträge nicht ausgeschlossen. **Kommentar Seite 4**

Gastkolumne

Wulffsland – Bundeswehrland

Von Otto Köhler



Der Mitherausgeber der Zweiwochenschrift »Ossi« ist Träger des Kurt-Tucholsky-Preises.

Foto: privat

Nun also statt der Pest die Cholera. Sie ist sympathisch, glaubwürdig, volksnah, wie das Umfrageinstitut Infratest dimap anhand von 899 Befragten sofort und zuverlässig ermittelte. Die Commerzbank trug dazu bei, indem sie acht Tage vor der erwarteten Wahl Christian Wulffs den diesjährigen »Celler Dialog« absagte – der neue Bundespräsident ist seit drei Jahren der oberster Schirmherr und Förderer jener sorgfältig abgeschotteten Veranstaltung in seinem Bundesland.

Der »Celler Dialog« dient immer »engeren Schulterschluß zwischen Wirtschaft, Politik und Bundeswehr« und wird seit 2007 alljährlich von der in Niedersachsen stationierten 1. Panzerdivision (»Division Eingreifkräfte«) zusammen mit der Commerzbank unter Ausschaltung der Öffentlichkeit im Schloß von Celle veranstaltet. Der Dialog will nicht nur »Verständnis für die Auslandseinsätze« des deutschen Militärs wecken. Auch im Innern sollen zwecks »Intensivierung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit« Banken und Industrie mit einem Netz von Reservisten durchsetzt werden, die insbesondere bei Unruhen das Kommando übernehmen. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, verkündete Wulff beim Celler Dialog 2008:

»Dies Land ist ein Bundeswehrland.« Diese Einstellung gegenüber den – damals noch in Niedersachsen – verblichenen Zivilisten, dürfte er auch beim Einzug in das Schloß Bellevue mit Sicherheit auf die ganze Bundesrepublik anwenden.

Wenige Wochen nach dem ersten Celler Dialog fand erstmals wieder das Schlesiertreffen in Hannover statt. Wulff hatte es ebenfalls als Schirmherr nach Niedersachsen geholt und nach einer teilweisen Streichung des Blindengelds finanziell gut ausgestattet. Allerdings stellte er die Bedingung, dass es in Hannover nicht – wie bei Schlesiertreffen üblich – zu rechtsextremen und revanchistischen Aktivitäten kommen dürfe. Die gab es. Die Eröffnungsrede hielt Rudi Pawelka von der nach polnischem Land gierenden »Preußischen Treuhänder«. Trotzdem sprach Wulff am nächsten Tag vor den – zumeist in der Bundesrepublik geborenen – »Schlesi-

ern«, inmitten von Buchständen mit neonazistischen Schriften. Beim Schlesiertreffen 2009 gab es wieder Geld von Wulff. Die Auflage – nichts Rechtsextremistisches und nichts Revanchistisches – wurde wiederholt und wieder gebrochen.

Erfreulich aber ist, daß der neue Bundespräsident nichts gegen Juden hat. Drei Tage vor dem 70. Jahrestag der Jagd auf die Juden vom 9. November 1938 sprach er in einer Talkshow von einer »Pogromstimmung« gegen die deutschen Manager. Wulff wollte damit nur zum Ausdruck bringen, daß der deutsche Manager im Zeichen der Krise ebensolchen Verfolgungen ausgesetzt ist, wie es die Juden unter dem deutschen Faschismus waren.

Nachdem er sich aber der Mutmaßung nicht mehr verschließen konnte, daß er möglicherweise etwas Falsches gesagt habe, erklärte er, nein, ließ durch einen Sprecher erläutern, er bedauere die »Verwendung des Wortes »Pogromstimmung« – es habe sich um eine »Fehlleistung« gehandelt. Von »Fehlleistung« spricht Freud (allerdings Jude), wenn das Unterbewusstsein seinen Einfluß auf das Sprechen nimmt. Daß dies bei den kommenden Wulff-Reden nicht mehr geschehen möge, dafür muß im Bundespräsidialamt eine neue Planstelle geschaffen werden.